

„Brauchen eine Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene!“



Ex-US-Präsident Donald Trump hat sich von Beginn seiner Amtszeit für die Ungeborenen eingesetzt. Beim Marsch für das Leben hielt er eine seiner wichtigsten Reden und eine seiner letzten Amtshandlungen würdigt den 22. Januar als Tag der „Heiligkeit menschlichen Lebens“.

Dieser Tag wurde erstmals 1984 von Ronald Reagan als „Nationaler Tag der Heiligkeit menschlichen Lebens“ ausgerufen. „Dieser Tag ist ein Versuch, Bewusstsein für das Höchstgerichtsurteil Roe vs. Wade aus dem Jahr 1973 zu schaffen. Diesem Urteil sind bis heute in den Vereinigten Staaten ungefähr 50 Millionen unschuldige, ungeborene Kinder zum Opfer gefallen“, verdeutlicht der EU-Abgeordnete und Bundesvorsitzende der „Christen in der AfD“, Joachim Kuhs.

Auch in Deutschland werden jedes Jahr über 100.000 Kinder im Mutterleib getötet. „Wobei die Statistik ungenau ist und die wirkliche Zahl höher liegen dürfte“, präzisiert Joachim Kuhs und stellt weiter klar: „Abtreibung stellt eine einschneidende Erfahrung für die Betroffenen dar und kann zu langanhaltenden Schuldgefühlen, psychosomatischen Beschwerden oder depressiven Reaktionen führen. Um diesen millionenfachen Tragödien zu begegnen, müssen wir werdende Mütter und Familien viel stärker unterstützen. Die Entscheidung für Kinder muss leichter werden! Deshalb will die AfD zukunftsgerichtet Familien steuerlich begünstigen und finanziell unterstützen. Kinder dürfen in Deutschland kein Armutsrisiko sein!“

Joachim Kuhs, auf das AfD-Grundsatzprogramm verweisend: „Geeignete Mittel dafür wären beispielsweise Bereitstellungen zinsloser Darlehen für Eltern zum Erwerb von Wohneigentum, deren Schuldsomme sich mit jedem neugeborenen Kind vermindert. Ungarn praktiziert dieses Modell bereits mit großem Erfolg. Auch die vielschichtigen Hürden für Akademikerinnen, sich schon während des Studiums oder in den ersten Berufsjahren für ein Kind zu entscheiden, wollen wir beseitigen.“

Die AfD strebe eine stärkere Anerkennung der Leistungen von Eltern im Steuer-, Sozialversicherungs- und Rentenrecht an. Dadurch würden neben den zusammenlebenden Familien auch Alleinerziehende und Unterhaltzahlende besser vor Armut geschützt.

„Wir brauchen endlich eine Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene!“

Abtreibung darf kein Menschenrecht werden, wie es von EU-Seite und linken Parteien unter dem Deckmantel sexueller und reproduktiver Gesundheit gefordert wird. Abtreibung widerspricht dem fundamentalsten Menschenrecht – dem Recht auf Leben!“, appelliert Joachim Kuhs an alle Menschen guten Willens.

Joachim Kuhs ist Mitglied des Haushaltsausschusses und des Haushaltskontrollausschusses im EU-Parlament, Bundesvorsitzender der [„Christen in der AfD“](#) und Bundesschriftführer der [Alternative für Deutschland](#). In seiner Heimatstadt Baden-Baden arbeitet er als Stadtrat für eine lebenswerte Kurstadt.